

# CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der  
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 33/2018 No. 1-4



**abgeschlossen am  
10. April 2018**

	<u>Seite</u>
<b>1. „Parkland-Schüler“ organisieren nationale Bewegung für Waffenkontrollgesetze</b>	<b>1</b>
<b>2. Kongress verabschiedet Kompromisspaket für Ausgabenbewilligungen</b>	<b>5</b>
<b>3. Überwachungsmaßnahmen im Rahmen des <i>Foreign Intelligence Surveillance Act</i> (FISA) vom Kongress fortgeschrieben</b>	<b>6</b>
<b>4. Trumps Personalkarussell dreht sich mit zunehmender Geschwindigkeit</b>	<b>10</b>
<b>5. Führende Senatoren melden Klärungsbedarf zu Trumps nominiertes neuer CIA-Chefin an</b>	<b>15</b>
<b>6. Demokratische Senatoren kritisieren Trumps <i>Nuclear Posture Review 2018</i></b>	<b>18</b>
<b>7. Repräsentantenhaus verabschiedet Gesetzesvorlage zu sexueller Belästigung</b>	<b>20</b>
<b>8. Parteipolitische Polarisierung im Kongress erreicht neue statistische Höchststände in Donald Trumps erstem Amtsjahr</b>	<b>21</b>
<b>9. Empfindliche Niederlage für Republikaner in Nachwahlen in Pennsylvania</b>	<b>23</b>



## 1. „Parkland-Schüler“ organisieren nationale Bewegung für Waffenkontrollgesetze

Nur wenige Wochen nach einem Amoklauf mit 17 Todesopfern ist es einer Gruppe von Schülern der *Marjory Stoneman Douglas (MSD) High School* in Parkland, Florida, gelungen, am 24. März 2018 eine Großdemonstration in Washington, D.C., begleitet von zahlreichen Veranstaltungen in anderen US Städten, zu organisieren. Das erklärte Ziel des „March For Our Lives“ war es, den politischen Druck auf den Kongress und Präsident Trump zu erhöhen, um die lückenhaften Gesetze zur Kontrolle des Verkaufs insbesondere semi-automatischer Waffen deutlich zu verschärfen.

Der Amokläufer, ein psychisch kranker Ex-Schüler der MSD High School, hatte am 14. Februar 14 Schüler und 3 Lehrer mit einem semi-automatischen Sturmgewehr ermordet sowie 17 weitere Personen zum Teil schwer verletzt. Wie andere Amokläufe mit einer großen Zahl von Opfern, zuletzt vor allem in Newton (Connecticut) im Dezember 2014, löste das Massaker in Parkland eine nationale Welle des Entsetzens und der Anteilnahme aus.

Solche nationalen Betroffenheitswellen verpufften jedoch in der Vergangenheit schnell und der Waffenlobby unter Führung der *National Rifle Association* (NRA) gelang es zusammen mit konservativen Republikanern Reformen der Waffenkontroll-Gesetzgebung bereits im Ansatz zu blockieren. Den Parkland-Schülern ist es jedoch gelungen, in kürzester Zeit eine nationale Bewegung zu schaffen.

Eine Gruppe von älteren Schülern um Emma Gonzalez, David Hogg, Cameron Kasky, Delaney Tarr und anderen begann fast sofort über soziale Medien zunächst in Florida und dann auch auf Bundesebene eine Protestbewegung zu organisieren, die nicht nur sehr konkrete politische Forderungen zum Schutz von Schulen erhob, sondern auch entschlossen den üblichen Versuchen entgegentrat, eine Debatte um verschärfte Gesetze zu vertagen.

Nach lokalen Aktionen organisierten die Schüler eine Protest-Demonstration in Tallahassee, der Hauptstadt Floridas, die gezielt auch das Gespräch mit Mitgliedern der Legislative des Einzelstaats suchte. Gouverneur Rick Scott, der in den Senatswahlen im November 2018 als republikanischer Kandidat antritt, lenkte überraschend ein und griff einen Teil der Forderungen der Parkland-Schüler auf.

Unter der Führung von Gouverneur Scott verabschiedete die republikanisch dominierte Legislative von Florida ein Gesetz, dass unter anderem vorsieht:

- das Alter für den Kauf von Gewehren auf 21 Jahre heraufzusetzen, wie es bereits für Handfeuerwaffen üblich ist,
- eine dreitägige Wartefrist für den Kauf von Waffen einzuführen,

- der Polizei zu erlauben, im Falle des begründetem Verdachts der Gefährdung Dritter Waffen und Munition vorübergehend einzuziehen,
- sowie 400 Millionen USD für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen an Schulen zur Verfügung zu stellen.

Die beschlossenen Maßnahmen nehmen sich im Vergleich zu den von den Schülern erhobenen Forderungen allerdings bescheiden aus. Doch angesichts des traditionell dominanten Einflusses zumal der NRA, die Florida in den zurückliegenden Jahrzehnten zu einer Art Musterstaat für den Besitz und das Recht auf öffentliches Tragen von Waffen gemacht hatte, ist das Einlenken von Gouverneur Scott und der Republikaner fast schon als politische Sensation zu bezeichnen.

Aber das (halbherzige) Einlenken dämpfte die Proteste nicht, sondern beflügelte sie eher noch. Vor allem das emotional starke, sehr authentische und erstaunlich redege wandte Auftreten von Gonzalez, Hogg, Kasky, Tarr und anderen Schülern fand in den Medien ein anhaltendes Echo. CNN hielt beispielsweise noch im Februar ein *Town-hall*-Meeting ab, in dem die Parkland-Schüler direkt die Pressesprecherin der NRA, Dana Loesch, und Senator Marco Rubio (R-Florida) mit ihrer Kritik konfrontierten.

Der nationale Widerhall der Schüler-Bewegung veranlasste sogar Präsident Trump ein Treffen mit betroffenen Eltern und überlebenden Schülern sowie mit demokratischen und republikanischen Kongressmitgliedern zu Änderungen der Gesetze zur Kontrolle des Kaufs und Besitzes von Waffen anzuberaumen.

Zum Entsetzen der Republikaner wie der Waffenlobby verstieg sich Präsident Trump zu einem weitgehenden Einlenken auf Teile der erhobenen Forderungen. Doch nach einem gemeinsamen Abendessen mit Vertretern der NRA, die ihn im Wahlkampf 2016 äußerst engagiert unterstützt hatten, begann er politisch zurückzurudern.

Die führenden Mitglieder der Schüler-Bewegung hatten das Treffen mit Trump ohnehin boykottiert. Sie konzentrierten sich dagegen auf die Mobilisierung für eine bundesweite Welle von „school walkouts“ Mitte März, genau einen Monat nach dem Amoklauf, mit 17 Schweigeminuten für jedes der Todesopfer. Nach Schätzungen beteiligten sich mehr als 3.000 Schulen und ungefähr eine Million Schüler an der bundesweiten Aktion.

Das Hauptaugenmerk der Protestbewegung richtete sich allerdings auf den *March For Our Lives* am 24. März in Washington, D.C. Aufgrund ihres ebenso authentischen wie professionellen Auftretens gelang es den Parkland-Schülern nicht nur breite Unterstützung in der Öffentlichkeit, sondern auch die Hilfe von der Seite Prominenter und politischer Organisationen zu gewinnen. Der bekannte Schauspieler George Clooney, der Regisseur Steven Spielberg, die Schauspielerin Kate Capshaw Spielberg, die Show-

Moderatorin Oprah Winfrey sowie das Unternehmen Gucci spendeten jeweils 500.000 USD zur Finanzierung der Demonstration(en).

Die Veranstaltung in Washington, D.C. unterstützten prominente Sängerinnen wie Miley Cyrus, Ariana Grande und Lady Gaga. Die eigentlichen Stars waren jedoch Redner wie Ryan Deitch, Emma Gonzalez, David Hogg, Cameron Kasky und Yolanda Renee King, eine Enkelin von Martin Luther King Jr. Hervorzuheben ist, dass die Organisatoren der Protest-Veranstaltung sich besonders bemüht haben, schwarze Bürgerrechts-Aktivisten der *BlackLivesMatter*-Bewegung einzubinden.

Die Schätzungen der Zahl der Beteiligten an der viel beachteten Protestaktion variieren zwischen 200.000 bis zu einer Million Personen in Washington, D.C. allein, und 1,2 bis zu 2 Millionen Personen bundesweit. Gleich welche Zahlen zu Grunde gelegt werden, war die Demonstration damit eine der größten der US-Geschichte in der Hauptstadt. Zum Vergleich, Martin Luther Kings Bürgerrechts-Demonstration mobilisierte im August 1963 ungefähr 250.000 Teilnehmer, der *Women's March on Washington* im Januar 2017 ca. 500.000, während die Protestaktion der *Tea Party*-Bewegung im März 2010 kaum 100.000 Demonstranten anzog.

Die Reformforderungen der Schüler-Bewegung sind im US Kontext eher weitgehend und konzentrieren sich auf

- bundesweite Kontrollen des Kaufs von Waffen („background checks“),
- die Schließung von Lücken der Kontrollen mit Blick auf private Waffenverkäufe und Waffen-Bazare („gun shows“) mit nicht lizenzierten Waffenverkäufern in den Einzelstaaten,
- die Anhebung des Mindestalters für Waffenkäufe auf mindestens 21 Jahre, und
- die Wiedereinführung des 1994 verabschiedeten und 2004 ausgelaufenen Verbots des Verkaufs von semi-automatischen Gewehren wie des bei Schul-Amokläufen verwendeten AR-15 Sturmgewehres und von Munitions-Magazinen mit hoher Kapazität.

Ungeachtet der schnellen Erfolge der Protestbewegung in Florida, des Entgegenkommens von Präsident Trump, des Zuspruchs der Medien und der überwältigenden Zustimmung in nationalen Meinungsumfragen hat der republikanisch kontrollierte Kongress und in erster Linie das Repräsentantenhaus unter Führung von *Speaker Paul Ryan* (R-Wisconsin) bisher keinerlei Anzeichen eines Reformwillens gezeigt.

Die entscheidende Frage bleibt, inwieweit die bisher eindrucksvolle Schüler-Bewegung das Stehvermögen aufweist, sich gegen die konservativ-republikanische Verzögerungs-Taktiken durchzusetzen. Die Schüler-Bewegung konkurriert in der Ära Trump natürlich mit zahllosen anderen politisch hoch aufgeladenen „Aufreger-Themen“ wie der Einwanderung aus Latein- und Südamerika, Nordkorea, Iran, Russ-

land, Syrien oder dem drohenden Handelskrieg mit China und anderen, mit den USA verbündeten Staaten, oder dem Chaos in Washington, D.C. und insbesondere im Weißen Haus (siehe Punkt 4).

Der strategische Fokus der Parkland-Schüler ist auf die Zwischenwahlen im November 2018 ausgerichtet. Mit *Townhall*-Meetings mit Kongressmitgliedern und deren Gegnern versuchen sie aktuell die Aufmerksamkeit auf ihre Themen zu lenken. Zudem sind weitere *School Walkouts* und Bemühungen um die Registrierung von Jungwählern für 2018 geplant.

Ein nicht uninteressanter Test für das Kräfteverhältnis zwischen den Parkland-Schülern und ihren konservativen Gegnern sind die persönlichen Angriffe aus dem konservativen Medienspektrum gegen einzelne Vertreter der Protestbewegung.

Laura Ingraham, eine populäre Moderatorin einer Meinungssendung von Fox News, dem konservativen und Trump-nahen Kabelsender in den USA, hat Ende März 2018 David Hogg, einen der bekanntesten Schüler aus Parkland, in einer ihrer Shows direkt angegriffen. Hogg hatte sich in einem Interview irritiert gezeigt, dass einige Universitäten ungeachtet seines weit überdurchschnittlichen *Grade Point Average* (GPA, Notendurchschnitt) von 4,2 und seinem SAT (Scholastic Assessment Test) *Score* von 1.270 Punkten, die ihn unter den Top 15 Prozent verorten, seine Bewerbungen abgelehnt hatten.

Ingraham machte sich daraufhin über die „weinerliche“ Reaktion Hoggs lustig und griff seine vermeintlichen persönlichen Schwächen direkt an. Hogg schlug über die sozialen Medien (Twitter) ebenso direkt und hart zurück und forderte die von ihm namentlich benannten Großunternehmen, die Ingrahams Show durch Werbeanzeigen sponsern, dazu auf, ihre finanzielle Unterstützung einzustellen. Mehr als ein Dutzend Unternehmen wie *Johnson & Johnson* folgten dem Aufruf umgehend.

Laura Ingraham entschuldigte sich in der Folge bei David Hogg und verabschiedete sich in eine „lang geplante Osterpause“ mit ihrer Familie. Hogg hielt jedoch an seiner Kritik fest und bezeichnete die Entschuldigung unter den Vorzeichen des Sponsoren-Boykotts als wenig glaubwürdig. So kurios dieser Schlagabtausch aus einem europäischen Blickwinkel anmuten mag, so bezeichnend ist er im US-Kontext. Der „kleine David“ konnte dem „Fox News Goliath“ Laura Ingraham eine empfindliche Niederlage zufügen.

Für sich genommen ist schon dies ein beachtlicher Erfolg. Mit Perspektive auf die Kongresswahlen 2018 bleibt entscheidend, ob und inwieweit sich der Schüler-Protest in Stimmen ummünzen lässt. Jungwähler, in der Altersgruppe von 18 - 29 Jahren, beteiligen sich in der Regel in den Zwischenwahlen zum Kongress mit weniger als 25 Prozent.



Angehts der Stärke dieser Bevölkerungsgruppe eröffnet die Mobilisierung auch nur einiger weniger Prozentpunkte zusätzlicher Beteiligung ein erhebliches Einflusspotential auf den Wahlausgang. In Kombination mit der hohen Motivation anderer demokratischer Wählergruppen wie Minderheiten und (gebildeter) Frauen könnten die Jungwähler einen wichtigen Beitrag zu einer „demokratischen Welle“ im November 2018 leisten (siehe Punkt 9).

## **2. Kongress verabschiedet Kompromisspaket für Ausgabenbewilligungen**

Das Repräsentantenhaus und der Senat haben am 22. März 2018 ein großes Kompromisspaket globaler Ausgabenbewilligungen (*Omnibus Spending Bill, Consolidated Appropriations Act, 2018 (Public Law 115-141)*) für das laufende Haushaltsjahr 2018 angenommen.

Präsident Trump hat die Gesetzesvorlage ungeachtet seiner Drohung ein Veto einzulegen am Folgetag unterzeichnet. Damit ist die Finanzierung des Bundes bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres am 30. September 2018 gesichert.

Das Repräsentantenhaus nahm die Gesetzesvorlage mit 256:137 Stimmen an, der Senat mit 65:32 Stimmen. In beiden Kammern stimmten Minderheiten von Republikanern und Demokraten gegen die Vorlage.

Die Ausgabenbewilligung für alle Aktivitäten und Programme des Bundes mit einem Gesamtvolumen von 1,3 Billionen USD kodifiziert einen groß angelegten Deal zwischen beiden Parteien, der wichtige politische Konflikte ausklammert, andere durch wechselseitige Zugeständnisse zumindest kurzfristig auflöst.

Der Kern des Kompromisses greift auf eine Vereinbarung zwischen den Parteien vom Februar 2018 zurück, in dem sich beide Seiten darauf einigten in den kommenden zwei Jahren die Obergrenzen für Militärausgaben um 160 Milliarden USD und die für zivile Ausgaben um 128 Milliarden USD anzuheben.

Zurückgestellt wird damit vor allem die Frage der Kontrolle der Bundesdefizite, die in Folge der Ende 2017 beschlossenen Steuersenkungen wie der aktuell bewilligten Ausgabensteigerungen für 2018/19 drastisch zunehmen (vgl. Congress Report, Jahrgang 32, 2017, Heft 11-12, S. 1 ff.). Dies ist der zentrale Grund für die Nein-Stimmen vom rechten Flügel der Republikanischen Partei wie der Veto-Drohung des Präsidenten.

Die Demokraten verzichteten darauf, erneut auf eine Lösung für das von Präsident Trump ausgesetzte *Deferred Action for Childhood Arrivals*-Programms (DACA) als Teil der Haushaltsgesetzgebung zu drängen. Präsident Trump hatte einen gesetzlichen Schutz für die als Minderjährige von ihren Eltern in die USA gebrachten Migranten an zahlreiche Bedingungen geknüpft, die die Kompromissbereitschaft der Demokraten



deutlich überstrapazierten.

Die Republikaner sahen dagegen davon ab ihre Anliegen wie die vollständige Streichung der Bundeszuschüsse für *Planned Parenthood* aufzubringen. Zudem wurde die Forderung des Präsidenten, 25 Milliarden USD für den Beginn des Baus einer Grenze zu Mexiko bereitzustellen, auf 1,6 Milliarden USD für die Renovierung bestehender Grenzanlagen zusammengestrichen.

Republikaner und Demokraten kamen allerdings überein, einer leichten Verschärfung der Weitergabe von Informationen bei der Kontrolle von Waffenkäufen an Bundesbehörden zuzustimmen („Fix NICS Act“) und die Zuschüsse des Bundes für Sicherheitsvorkehrungen an Schulen („Stop School Violence Act“) zu erhöhen. Beides kann aber nur als symbolisches Entgegenkommen des Kongresses gegenüber der Bewegung der Parkland-Schüler (siehe Punkt 1) gewertet werden.

Im Kongress überwog ungeachtet aller Zugeständnisse ein Gefühl der Erleichterung nach der Verabschiedung des *Omnibus Spending Bill*. Der erneut drohende *Shutdown* der Bundesregierung im Streit über die Budgetprioritäten wurde abgewendet. Doch die Kritik von rechten Republikanern wie von linken Demokraten unterstreicht, dass der kostspielige Kompromiss viele Konflikte ungelöst lässt.

### **3. Überwachungsmaßnahmen im Rahmen des *Foreign Intelligence Surveillance Act* (FISA) vom Kongress fortgeschrieben**

Der Kongress hat im Januar 2018 die umstrittene elektronische Massenüberwachung durch die *National Security Agency* (NSA) im Rahmen des *Foreign Intelligence Surveillance Act* (FISA) für sechs weitere Jahre fortgeschrieben. Die Entscheidung erhielt am 19. Januar 2018 mit der Unterschrift Präsident Donald Trumps Gesetzeskraft (*Public Law* 115-118).

Das Gesetz schreibt den rechtlichen Rahmen für die Massenüberwachung von nicht-amerikanischen Staatsbürgern durch den Auslandsnachrichtendienst NSA bis zum Jahr 2023 fort. Es trägt den Titel: „An Act to amend the Foreign Intelligence Surveillance Act of 1978 to improve foreign intelligence collection and the safeguards, accountability, and oversight of acquisitions of foreign intelligence, to extend title VII of such Act, and for other purposes“. Eingesehen werden kann der Gesetzestext unter: <https://www.congress.gov/bill/115th-congress/senate-bill/139/text>.

Präsident George W. Bush hatte die NSA nach den Terrorangriffen des 11. September 2001 zunächst im Rahmen des geheimen *Terrorist Surveillance Program* (TSP) mit umfänglichen Überwachungsvollmachten ausgestattet, die der Kongress dann aber erst im Jahr 2008 legalisierte (FISA Amendments of 2008, Section 702, 50 USC 1881a).

Edward Snowden, ein Computerfachmann, der längere Zeit für die NSA arbeitete, machte die Existenz der geheimen Überwachungsprogramme der NSA, darunter Programme mit den Codenamen „UPSTREAM“ und „PRISM“, erstmals im Juni 2013 öffentlich und löste eine politische Debatte darüber aus, ob die NSA-Aktivitäten die Privatsphäre und die verfassungsmäßigen Rechte von Millionen amerikanischer Staatsbürger kompromittieren (vgl. Congress Report, Jahrgang 28, 2013, Heft 4-6, S. 14ff.).

Die „Section 702 Amendments“ des FISA waren zum 31. Dezember 2017 ausgelaufen. Da der Kongress sich bis zu diesem Zeitpunkt auf keine Verlängerung einigen konnte, war die Autorisierung für die Überwachungsaktivitäten der NSA zunächst bis zum 19. Januar 2018 auf der Basis der existierenden Gesetzesvorlage fortgeschrieben worden, um mehr Zeit zu gewinnen.

Die Entscheidung zugunsten des „FISA Amendments Reauthorization Act“ (S. 139) fiel im Repräsentantenhaus schließlich am 11. Januar 2018 mit 256:164 Stimmen. Dabei votierten neben 191 Mitgliedern der republikanischen Mehrheitsfraktion auch 65 Demokraten für die Reautorisierung des „FISA Amendments Act“. 119 Mitglieder der demokratischen Minderheitsfraktion stimmten zusammen mit 45 Republikanern gegen die Gesetzesvorlage.

Im Senat sprachen sich am 18. Januar 2018 65 Mitglieder für die Reautorisierung des „FISA Amendments Act“ aus. 34 Senatsmitglieder stimmten dagegen. Der gesundheitlich schwer angeschlagene Senator John McCain (R-Arizona) nahm an der Abstimmung nicht teil. Von 34 Gegenstimmen kamen 27 von den Demokraten, eine vom unabhängigen Senator Bernie Sanders (Vermont) und sechs von republikanischen Senatoren.

Eine zwischenparteiliche Gruppe von Kritikern der Gesetzesvorlage im Senat um Rand Paul (R-Kentucky), Ron Wyden (D-Oregon), Mike Lee (R-Utah) und Patrick Leahy (D-Vermont) hatte sich am 12. Januar 2018 in einem Brief an alle Mitglieder der Kammer gewandt und vor den „ernsthaften Problemen“ gewarnt, die mit dem „FISA Amendments Reauthorization Act“ verbunden sind.

„This legislation“, so Paul, Lee, Leahy und Wyden, „is a significant step backward and does nothing to protect the Fourth Amendment rights of innocent Americans“. Gemeint war der Schutz der Privatsphäre, so wie er in der amerikanischen Verfassung im vierten Verfassungszusatz, der zur so genannten „Bill of Rights“ zählt, für alle Amerikanerinnen und Amerikaner garantiert ist, den die Senatoren durch die „FISA Reauthorization“ in Gefahr sehen. „This bill“, formulierten die Senatoren, „allows an end-run on the Constitution by permitting information collected without a warrant to be used against Americans in domestic criminal investigations“.

Für Paul, Lee, Leahy und Wyden enthält das Gesetz insbesondere drei schwerwiegende Defizite. Das *erste* bezieht sich auf so genannte „backdoor loopholes“. „This bill

does nothing for thousands of Americans whose private communications are searched without a warrant every year, including those who are not even the subject of an investigation“, so die Senatoren. Das *zweite* Defizit bezieht sich auf so genannte “about collections”, also die automatisierte Massenüberwachung der elektronischen Kommunikation von und zu amerikanischen Staatsbürgern, die nicht des Terrorismus verdächtig sind. Das *dritte* Defizit bezieht sich auf den so genannten „unreviewable end use“, also die Datensammlung durch den Justizminister ohne vorherige Autorisierung durch den „FISA Court“. „The bill“, so die Senatoren, „grants new unchecked powers to the Attorney General to allow data collected without a warrant to be used in criminal prosecutions of Americans“. Die Spionage gegen amerikanische Bürger werde vom Kongress mit der FISA-Reautorisierung weiter begünstigt, obwohl der „Foreign Intelligence Surveillance Act“ aus dem Jahr 1978 die Aktivitäten der amerikanischen Auslandsnachrichtendienste wie CIA und NSA eigentlich rein auf die Auslandsspionage beschränken wollte.

Der frühere Director of National Intelligence, James Clapper, hatte in diesem Zusammenhang in einer Anhörung vor dem Geheimdienstausschuss des Senats im März 2013 einräumen müssen, dass die NSA bei der Überwachung der weltweiten Kommunikationsströme auch Daten über amerikanische Staatsbürger sammelt. Auf die Frage: „Does the NSA collect any type of data at all on millions or hundreds of millions of Americans?“, hatte Clapper ausweichend geantwortet: “Not wittingly”.

Auch Senatorin Kamala Harris (D-California), die mit 26 weiteren demokratischen Fraktionsmitgliedern gegen eine „FISA Reauthorization“ gestimmt hatte, warnte vor den Konsequenzen für den Schutz der Privatsphäre für alle Amerikanerinnen und Amerikaner. „The federal government“, so Harris, has a responsibility to safeguard national security while protecting civil liberties. That mandate is especially critical in this era of rapidly evolving technology, when an unprecedented amount of information about the private lives of Americans is stored on our devices and in the cloud.“

Tatsächlich sieht die vom Kongress vollzogene „FISA Reauthorization“ zwar vor, dass die Überwachung von Amerikanern im Rahmen der NSA-Spionageprogramme „UPSTREAM“ oder „PRISM“ im Kontext von strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vorab durch den geheim tagenden FISA-Gerichtshof („FISA Court“) erlaubt werden muss. Allerdings bezieht sich das nicht auf Überwachungsaktivitäten, die im Zusammenhang mit der „nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten“ stehen, wie es in Abschnitt 101 des nun verabschiedeten Gesetzes heißt.

Im Repräsentantenhaus hatte der Republikaner Justin Amash (Michigan) im Vorfeld der Abstimmung über die Reautorisierung des „FISA Amendments Act“ (Public Law 115-118) einen Zusatz eingebracht, der es den Strafverfolgungsbehörden untersagt hätte, die Datensammlungen des Auslandsgeheimdienstes NSA mit Blick auf amerikanische Staatsbürger ohne ausdrücklichen Strafbefehl anzuzapfen.

Das „Amash-Amendment“ fand jedoch nur die Unterstützung von 183 Mitgliedern der Kammer, während 233 dagegen stimmten, darunter auch 55 Demokraten, einschließlich der Fraktionsführerin Nancy Pelosi (D-California). Der Republikaner Amash sieht das größte Problem der „FISA Reauthorization“ darin, dass sie nur eine kosmetische Reform mit Blick auf die Ausspähprogramme der NSA darstellt.

Dabei hatte Amash in seiner Kritik auch die Unterstützung von einflussreichen Demokraten im Repräsentantenhaus wie Jerrold Nadler (New York), dem Ranking Minority Member des Judiciary Committee, erhalten. „Our right to privacy does not begin when the Department of Justice has a fully formed criminal case against us“, so Nadler, der weiter formulierte: „(t)he Constitution guarantees far more than this – our right to privacy protects us when the government first makes its decision to search our private communications for information it might find useful“.

Auch die Electronic Frontier Foundation (EFF), eine öffentliche Interessengruppe, die sich dem Schutz der Privatsphäre im Zeitalter der elektronischen Massenkommunikation verschrieben hat, kritisierte die Entscheidung des Kongresses zur Reautorisierung des „FISA Amendments Act“ in einem offenen Brief an die Mitglieder des Kongresses ohne Umschweife. „This means *six more years of warrantless surveillance* under Section 702 of the FISA Amendments Act. This is a long-abused law marketed as targeting foreigners abroad but which – intentionally and by design – *subjects a tremendous amount of our internet activities to government review, as they pass through key Internet checkpoints, and as they are stored by providers like Google and Facebook*. Ultimately, the NSA uses Section 702 to sweep in and retain the Communications of countless non-suspect Americans“, so die EFF (Hervorhebung durch die Redaktion).

Trumps Amtsvorgänger im Weißen Haus, Barack Obama, hatte 2014 selbst die Gefahr eines „government overreach“ im Bereich der NSA-Aktivitäten eingeräumt. Wörtlich hatte er formuliert: „the government collection and storage of bulk data also creates a potential for abuse“ (vgl. Congress Report, Jahrgang 29, 2014, Heft 1-3, S. 5 ff.). Eine „President’s Review Group on Intelligence and Communications Technologies“ (PRG) war Ende 2013 zu dem Schluss gekommen: „Excessive surveillance and unjustified secrecy threaten civil liberties, public trust, and the core processes of democratic self-government. All parts of the government, including those that protect our national security, must be subject to the rule of law.“

Von den von der PRG damals vorgeschlagenen Reformen konnte sich der Kongress im Jahr 2015 im Rahmen des „USA Freedom Act“ (Public Law 114-23) zumindest auf eine Beschränkung der Massenspeicherung von Telefonverbindungsdaten in den USA durch die NSA verständigen (vgl. Congress Report, Jahrgang 30, 2015, Heft 5-8, S. 6 ff.). Allerdings sprachen Kritiker auch schon zum damaligen Zeitpunkt von eher inkrementellen Verbesserungen, die mit Blick auf die Ausspähaktivitäten der NSA und den Schutz der Privatsphäre von amerikanischen Bürgerinnen und Bürgern einfach nicht weit genug gingen. Stattdessen würde die NSA mit Verweis auf die nationale Sicherheit seit dem 11. September auch weiterhin über umfangreiche Vollmachten ver-

fügen, die in einem nicht aufgelösten Spannungsverhältnis zum vierten Verfassungszusatz der amerikanischen Verfassung stünden.

#### **4. Trumps Personalkarussell dreht sich mit zunehmender Geschwindigkeit**

Mit der Entlassung von drei Kabinettsmitgliedern im März 2018 hat das ohnehin relativ hochtourig drehende Personalkarussell der noch jungen Trump Administration weiter an Tempo gewonnen.

Den Auftakt markierte die bereits seit geraumer Zeit erwartete Entlassung von Secretary of State Rex Tillerson (vgl. Congress Report, Jahrgang 32, 2017, Heft 9-10/2017, S. 20). Spätestens nachdem öffentlich bekannt wurde, dass Tillerson Präsident Trump nach einer Sitzung vor mehreren Kollegen als „verdammten Idioten“ („f\*cking moron“) bezeichnet hatte, vermehrten sich die Spekulationen über einen Rücktritt des Außenministers. Doch schon zuvor hatte sich abgezeichnet, dass Trump von Tillerson enttäuscht war und ihn politisch weitgehend neutralisiert hatte.

Am 13. März 2018 verlautbarte Präsident Trump über seinen Twitter-Account, dass der bisherige CIA-Direktor Mike Pompeo sein Kandidat für die Nachfolge Tillerson ist. Das Weiße Haus gab vor, dass der Präsident den Außenminister über seine bevorstehende Entlassung informiert hätte. Doch Steve Goldstein, *Under Secretary of State for Public Diplomacy*, widersprach dieser Darstellung und wurde daraufhin ebenfalls entlassen. Das kalte Abservieren Tillersons unterstrich, dass Trump ihn für die mangelnde Unterstützung seiner Politik abstrafen wollte.

Der frühere Abgeordnete Mike Pompeo (R-Kansas), *West Point-* und *Harvard-*Absolvent sowie Ex-Militär mit dem Dienstgrad eines „Captain“, genießt persönlich ein hohes Ansehen. Der Senat bestätigte seine Ernennung zum CIA Direktor Anfang 2017 mit 66 gegen 32 Stimmen (vgl. Congress Report, Jahrgang 32, 2017, Heft 1-4, S. 19). Die breite Ablehnung unter demokratischen Senatoren ist darauf zurückzuführen, dass Pompeo in der Außen- und Sicherheitspolitik zu den rechten Hardlinern der Republikanischen Partei gehört. Entsprechend ist mit einer Bestätigung als Außenminister zu rechnen, wenngleich ihm kontroverse Anhörungen bevorstehen dürften.

Als Nachfolgerin Pompeos hat Präsident Trump CIA Deputy Director Gina Haspel (DD/CIA) nominiert, die auf Grund ihrer direkten Verwicklung in Folterpraktiken („Enhanced Interrogation Techniques“) unter Präsident George W. Bush politisch kontrovers ist (siehe Punkt 5).

Zumindest ebenso wichtig wie die Demission von Außenminister Tillerson ist der Rücktritt von Lt. Gen. H. R. McMaster als National Security Advisor des Präsidenten, der am 22. März 2018 bekanntgegeben wurde. Der in beiden Parteien hoch angesehene Karriere-Soldat hatte Präsident Trump durch seine pragmatische, vorsichtige und me-



thodische Vorbereitung von Entscheidungen in wichtigen Fragen sichtlich verärgert. Vor allem hatte McMaster dem Präsidenten öffentlich in der Russland-, Iran- und Nordkorea-Politik widersprochen, sodass Berichte über einen möglichen Personalwechsel in dieser Schlüsselposition bereits seit mehreren Wochen kursierten.

Wiederum über seinen Twitter-Account verkündete Präsident Trump am Morgen des 22. März, dass er McMaster durch den früheren UN-Botschafter John Bolton ersetzen wird. John Bolton, Jahrgang 1948, schloss seine Ausbildung an der *Yale University* 1974 mit einem Juris Doctor ab. Während des Vietnam-Krieges entzog er sich der Entsendung 1970 durch den Eintritt in die *Maryland Army National Guard*. Nach einer Tätigkeit als Rechtsanwalt im Privatsektor profilierte sich Bolton unter Präsident Ronald Reagan vor allem als *Assistant Attorney General for Legislative Affairs*.

Unter Präsident George W. Bush arbeitete Bolton als *Under Secretary of State for Arms Control and International Security* (2001-05) und UN-Botschafter der USA (2005-06). Bolton trat 2006 jedoch von seiner Botschafter-Position zurück. Präsident Bush hatte Bolton 2005 während einer Sitzungspause des Kongresses als Interims-Botschafter ernannt. Eine formelle Bestätigung durch den Senat stand ungeachtet der republikanischen Mehrheit aufgrund von Boltons kontroversen Positionen in Frage.

Mehr noch als Pompeo gilt John Bolton als ausgesprochener Hardliner, der in der Vergangenheit eine Vielzahl von militärischen Interventionen befürwortet hat und auch heute noch favorisiert, vom Irak-Krieg bis hin zu einem Präventivschlag gegen Nordkorea. Solche Vorschläge stoßen selbst in Teilen der Republikanischen Partei auf scharfe Kritik. Für die Position des National Security Advisor benötigt Bolton jedoch keine Bestätigung durch den Senat. Nach Berichten hat Präsident Trump in der für ihn eigentümlichen Art Bolton die Zusicherung abgerungen, keinen neuen Krieg zu beginnen.

Wiederum über seinen Twitter-Account entließ Präsident Trump ein drittes Kabinettsmitglied, Secretary of Veterans Affairs David Shulkin, am 28. März. Vordergründig ging es im Fall von Shulkin nicht um politische Dissonanzen, sondern um fragwürdige Reisepraktiken von Shulkin und seiner Ehefrau. Doch andere Minister mit weit problematischerem Amtsgebaren (siehe unten) sind bisher unbehelligt geblieben. Hinter den Kulissen wird vermutet, dass die Demission von Shulkin durch die Auseinsetzung um die Privatisierung der medizinischen Versorgung von Veteranen motiviert ist.

Vor allem Veteranen-Verbände wenden sich gegen die Privatisierung der staatlichen Betreuung von früheren Mitgliedern der US-Streitkräfte. Dagegen sehen Republikaner und Anhänger des Präsidenten genau hierin eine viel versprechende Strategie, um die Versorgungsengpässe mit Blick auf die große Zahl der Veteranen des Afghanistan- und Irak-Kriegs abzumildern. Die Frage, ob private Anbieter das Leistungsniveau der erfahrenen Ärzte von *Veterans Affairs* im Umgang mit den für Kriegssituationen spezifischen Bedürfnissen von Patienten erreichen können, ist dabei zentral.

Als Shulkins Nachfolger hat Präsident Trump seinen offiziellen Leibarzt, Konteradmiral Ronny L. Jackson, vorgeschlagen. Der 50-jährige Jackson diente, nach einer Karriere als Militärchirurg mit Irak-Erfahrung, seit 2006 unter Präsident George W. Bush, Barack Obama, und Donald Trump. Für seine Karriere wie seine Leistungen als „Arzt des Weißen Hauses“ hat Jackson höchstes Lob von allen Seiten erhalten.

Dennoch wurde die Nominierung von vielen Kommentatoren wie Kongressmitgliedern mit hoch gezogenen Augenbrauen quittiert. Ungeachtet seiner persönlichen Qualitäten fehlen Jackson die politischen und administrativen Erfahrungen, um eine der größten Behörden der USA zu führen. Wenngleich die breiten Sympathien für Jackson für eine Bestätigung durch den Senat sprechen, sind intensive Befragungen im Zuge der Senatsanhörungen zu erwarten.

Für Präsident Trump scheint allerdings das entscheidende Argument für Jackson zu sein, dass er ihm Anfang 2018 ein über alle Maße positives Gesundheitszeugnis ausgestellt hat. Jackson ließ die staunenden Journalisten wissen, dass Trump ungeachtet von Herzproblemen und Übergewicht mit besseren Ernährungsgewohnheiten und etwas Fitness-Training aufgrund „seiner guten Gene“ bis zu 200 Jahre alt werden könnte. Präsident Trump war von Jacksons offensivem öffentlichen Auftreten zu seinen Gunsten sichtlich angetan.

Doch auch unterhalb der Kabinettsebene, in Trumps persönlichem Mitarbeiterstab, hat sich der Personalwechsel deutlich beschleunigt. So hat Trump bereits ca. 50 Prozent seines Stabs ausgetauscht, historisch sind 15 bis 20 Prozent die Norm.

Der wichtigste Rücktritt auf dieser Ebene, neben Lt. Gen. McMaster, ist der von Gary Cohn, dem Direktor des *National Economic Council*. Cohn, ein früherer Spitzenmanager von *Goldman Sachs*, galt als eine moderierende und pragmatische Stimme in der Wirtschaftspolitik. Doch bereits im Sommer 2017 hatte Cohns scharfe Kritik an Trumps halbherziger Verurteilung einer neofaschistischen, anti-semitische Slogans skandierenden Demonstration in Charlottesville (Virginia) zu einer tiefen Verstimmung zwischen ihm und Trump geführt.

Entscheidend war aber, dass Cohn sich immer wieder gegen wichtige politische Initiativen des Präsidenten gestellt hatte. Am 6. März, nachdem Trump eine erste Runde von Strafzöllen auf Stahl und Aluminium angekündigt hatte, erklärte Cohn seine Absicht baldmöglichst aus dem Weißen Haus auszuschneiden.

Als Nachfolger nominierte Präsident Trump den bekannten Wirtschaftsjournalisten von *CNBC*, Larry Kudlow. Der 70-jährige Kudlow schloss sein Geschichtsstudium an der Universität von Rochester (New York) mit einem B.A. ab. Sein Wirtschafts- und Politikstudium an der *Princeton University* brach er jedoch ab, um in die Privatwirtschaft und die Politik zu wechseln. Zunächst arbeitete Kudlow für demokratische Kandidaten, wendete sich jedoch als Wirtschaftskonservativer schnell der Republikani-



schen Partei zu und profilierte sich als glühender Bewunderer von Präsident Reagan und Verfechter seiner *Supply Side-Economics*.

Nach einer Anstellung als Ökonom bei der *Federal Reserve Bank of New York* arbeitete Kudlow von 2001 bis 2005 als Mitarbeiter des *Office of Management and Budget* (OMB). Ab 2006 arbeitete er für den republikanischen Gouverneur von New York, George Pataki. Zu nationaler Prominenz gelang Kudlow als Journalist und Moderator einer Wirtschaftssendung von CNBC, die zum Schluss schlicht „Die Larry Kudlow Show“ hieß. Seine offene Unterstützung für Präsident Trump war wohl ein zentraler Grund für Trumps Entscheidung zu seinen Gunsten.

Auch der *Turnover* auf der zweiten Ebene des Mitarbeiterstabs des Präsidenten hat eine nicht zu übersehende Bedeutung. Ein zentrales Beispiel hierfür ist der Abtritt von Hope Hicks, die als persönliche Assistentin und PR-Beraterin Trumps gearbeitet hatte. Hicks hatte ab 2014 Ivanka Trump beraten, ab 2015 war sie Trumps Pressesekretärin. Zuletzt war die nur 29-jährige zudem die „Communications-Direktorin“ des Präsidenten, eine Schlüsselposition, die für strategische Planung der Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist.

Hicks galt als ausgleichend und moderierend. Anfang des Jahres war sie unter öffentlichen Beschuss geraten, weil sie ihrem persönlichen Freund, Robert Porter, ein führender Mitarbeiter von *Chief of Staff* John Kelly, in einem Skandal um Gewalttätigkeit gegen seine früheren (Ehe-)Partnerinnen (und des deswegen verweigerten Zugangs zu geheimen Dokumenten („security clearance“)) Rückendeckung gegeben hatte. Porter wurde aufgrund der Vorwürfe kurz darauf entlassen.

In einer Anhörung vor dem *House Permanent Select Committee on Intelligence* hatte Hicks zudem zugegeben, für den Präsidenten gelegentlich „kleine Lügen“ („white lies“) verbreitet zu haben. Präsident Trump war augenscheinlich stark erzürnt über ihr Eingeständnis. Ende Februar erklärte Hicks ihren Rückzug.

Die Einschätzung des breit gefächerten Personalwechsels ist naturgemäß schwierig. Doch wie die sich häufenden Neu- und Umbesetzungen im Kabinett und im Stab des Weißen Hauses im Sommer 2017 zeigt die zweite Runde, dass der Präsident stark unzufrieden mit der Arbeit seines Teams ist. Trumps Unmut hatte 2017 vor allem Personen mit Verbindungen zum Establishment der Republikanischen Partei wie *Chief of Staff* Reince Priebus, Pressesprecher Sean Spicer und Gesundheitsminister Tom Price getroffen.

2018 steht dagegen die Riege der Experten und Fachleute aus der Wirtschaft, dem Finanzsektor und dem Militär im Vordergrund, die über keine eigene politische Basis in der Republikanischen Partei verfügen. Cohn war beispielsweise einer der führenden Exponenten der „Demokraten“ im Weißen Haus um Ivanka Trump und Jared Kushner, die gegen die Rechtsnationalen um Steve Bannon um Einfluss kämpften.

Vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik deuten die Nominierung von Pompeo sowie die Ernennung von Bolton einen Rechtsruck an. Allerdings bleibt anzumerken, dass Pompeo und Bolton aufgrund ihrer starken Präferenzen für militärische Interventionen nicht auf ungeteilte Zustimmung des rechtsnationalistischen Flügels stoßen.

Trumps Versuche, sein Kabinett und seinen Stab zu „perfektionieren“, deuten vielmehr darauf hin, dass er zum einen gezielt führende Vertreter für seine Administration sucht, die seine Positionen in der Öffentlichkeit versiert und mit Nachdruck vertreten. Zum anderen möchte er offensichtlich ein Team, das seine Projekte und Initiativen nicht verzögert, blockiert oder bis zur Unkenntlichkeit abmildert.

Es wäre jedoch voreilig, Pompeo, Kudlow oder Bolton als Ja-Sager abzutun. Während Bolton und Pompeo zum Beispiel die extrem harte Linie Trumps gegenüber Iran und Nordkorea mittragen, bringen sie in der Russland- und Syrien-Politik konträre Haltungen zum Tragen. In ähnlicher Weise unterstützt Kudlow die Steuer- und Wachstums politik des Präsidenten, ist aber kaum dem Lager der Protektionisten um Handelsminister Wilbur Ross und den Handelsbeauftragten Robert Lighthizer zuzurechnen.

Anzumerken bleibt schließlich, dass das Personalkarussell der Trump-Administration noch keine Anzeichen einer Entschleunigung zeigt. Im Gegenteil, eine Reihe von Ministern sieht sich wie David Shulkin mit ernsthaften Vorwürfen des Missbrauchs von Finanzmitteln und Korruption konfrontiert, von *Secretary of Housing and Urban Affairs* Ben Carson über *Secretary of the Treasury* Steven Mnuchin bis hin zu *Secretary of the Interior* Ryan Zinke.

In das Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik geraten ist aber vor allem Scott Pruitt, der Direktor der *Environmental Protection Agency* (EPA). Pruitt werden unangemessene Ausgaben für Reisen, der Missbrauch von Privilegien sowie die Versetzung und Herabstufung von Mitarbeitern der EPA vorgeworfen.

Präsident Trump sowie konservative Politiker und Pressevertreter verteidigen Scott Pruitt bisher vehement unter Verweis auf seine Fähigkeit, Trumps Agenda im Abbau der als „wachstumsfeindlich“ betrachteten Umweltschutzbestimmungen durchzusetzen. Zudem gilt Pruitt, der frühere *Attorney General* von Oklahoma, als möglicher Nachfolger des politisch schwer angeschlagenen *Attorney General* Jeff Sessions.

Da Pruitts Ernennung als EPA-Direktor vom Senat bestätigt worden ist, könnte Trump ihn auch als Interims-Justizminister einsetzen und ihm damit die Aufsicht über *Special Counsel* Bob Mueller übertragen. Angesichts der vielfältigen Korruptions- und Missbrauchsvorwürfe steht allerdings eine eventuelle Bestätigung Pruitts als Justizminister ebenso in Frage wie sein Verbleib im Amt.

Nach wie vor wird zudem intensiv über eine mögliche Demission von Trumps *Chief of Staff*, General a. D. John Kelly spekuliert. Kelly hat sich Trumps Unmut nicht nur durch eine Reihe von kritischen Äußerungen zugezogen, sondern auch durch die strik-

te Disziplin, die er dem Zugang zum Präsidenten und dem Informationsfluss unterworfen hat. Trump fühlt sich derart eingeengt, dass aus dem Weißen Haus informell verlautbart wird, der Präsident könnte in Zukunft ganz auf einen „Chief of Staff“ verzichten.

Ob ein solcher, präzedenzloser Schritt realistisch oder nur eine Job-Beschreibung für mögliche Nachfolger Kellys ist, bleibt abzuwarten. Doch auch in dieser Hinsicht zeichnet sich ab, dass Präsident Trump verstärkt auf einen Wahlkampf-Modus umschalten will, der ihm persönlich mehr gelegen scheint als eine konventionelle Amtsführung.

## **5. Führende Senatoren melden Klärungsbedarf zu Trumps nominierter neuer CIA-Chefin an**

Im Senat ist die am 13. März 2018 von Präsident Donald J. Trump ausgesprochene Nominierung von CIA Deputy Director Gina Haspel zur Chefin der Central Intelligence Agency (CIA) und Nachfolgerin von Mike Pompeo, der Rex Tillerson als Außenminister nachfolgen soll (siehe auch Punkt 4), schon vor den Nominierungsanhörungen im Senat auf Nachfragebedarf von führenden Mitgliedern beider Fraktionen gestoßen.

Er betrifft vor allem die Verstrickung von Haspel in das von Präsident George W. Bush kurz nach dem 11. September angeordnete geheime Rendition, Detention, and Interrogation (RDI) Program der CIA. Dabei handelte es sich um ein Programm, bei dem die Central Intelligence Agency Terrorverdächtige weltweit zum Teil auf offener Straße kidnappte und in Geheimgefängnisse (so genannte „black sites“) in Afghanistan und Thailand, aber auch in Litauen, Polen und Rumänien verschleppte und dort systematischen Folterpraktiken (so genannten „Enhanced Interrogation Techniques“) unterzog.

Der Republikaner John McCain (Arizona), Vorsitzender des Streitkräfteausschusses im Senat, und als Kriegsgefangener in Nord-Vietnam (1967-1973) selbst der Folter ausgesetzt, ging noch am Tag der Nominierung Haspels durch Präsident Trump auf die Vergangenheit der CIA-Mitarbeiterin ein, die dem Geheimdienst seit 1985 angehört, zuletzt seit Februar 2017 als Deputy Director, eine Position, die im Gegensatz zur Position des Director of the CIA vom Senat nicht bestätigt werden muss.

„Ms. Haspel“, so McCain, „needs to explain the nature and extent of her involvement in the CIA’s interrogation program during the confirmation process“. Der Senat müsse erfahren, welche Position die für den Chefposten bei der CIA Nominierte zu Folterpraktiken habe. „In the aftermath of the September 11th attacks“, so McCain ohne Umschweife, „our government squandered precious moral authority in a futile effort to

produce intelligence by means of torture. We are still dealing with that desperately misguided decision“.

Unterstützung erhielt McCain von der Demokratin Dianne Feinstein (California), einflussreiches Mitglied im zuständigen Geheimdienstausschuss des Senats, und zwischen 2009 und 2014 detailliert mit der parlamentarischen Untersuchung des geheimen Verhörprogrammes der CIA von Terrorismusverdächtigen nach dem 11. September 2001 befasst. Die Senatorin schrieb am 15. März einen Brief an C.I.A-Direktor Mike Pompeo, in dem sie im Vorfeld der Nominierungsanhörungen zu Haspels Bestätigung als Nachfolgerin Pompeos eine Deklassifizierung von Dokumenten zu deren Rolle in den RDI-Programmen der CIA verlangte.

„We as Senators“, so Feinstein, „take our role in confirming a President’s cabinet seriously and must evaluate Ms. Haspels record, including troubling press reports on her involvement with torture programs. While public reporting is useful, it is no substitute for the actual truth held in CIA cables, emails and internal memos“.

Die Senatorin bezieht sich auf einen Artikel im *New Yorker* vom 3. Februar 2017 mit dem Titel: „The New C.I.A. Deputy Chief’s Black-Site Past“ (einzusehen unter: <https://www.newyorker.com/news/news-desk/the-new-c-i-a-deputy-chiefs-black-site-past>). Darin heißt es, dass Gina Haspel zwischen 2003 und 2005 die Verantwortliche für das RDI-Programm und die geheimen Verhörzentren der CIA war. Außerdem soll sie im Jahr 2002 bei der Folter von Abu Zubaydah in Thailand anwesend gewesen sein, der insgesamt 83 Mal der Folter durch simuliertes Ertrinken („waterboarding“) ausgesetzt wurde. Ferner sei Haspel im Jahr 2005 an der Zerstörung von belastendem Videomaterial im Zusammenhang mit der Befragung Zubaydahs durch die C.I.A. in Thailand beteiligt gewesen.

Trumps Amtsvorgänger im Weißen Haus, Barack Obama, hatte in seinem ersten Amtsjahr vier zuvor als streng geheim eingestufte Memoranden des Office of Legal Counsel (OLC) des amerikanischen Justizministeriums zur Folterproblematik aus den Jahren 2002 und 2005 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und die „black sites“ der C.I.A. verboten (vgl. Congress Report, Jahrgang 24, 2009, Heft 3-4, S. 8ff.; einzusehen unter: [https://www.sowi.uni-kl.de/fileadmin/powi/pdfs/cr\\_2009/CR\\_03\\_04\\_2009\\_EndfassungJH.pdf](https://www.sowi.uni-kl.de/fileadmin/powi/pdfs/cr_2009/CR_03_04_2009_EndfassungJH.pdf)).

Die Memoranden des OLC belegen, dass die Anwendung von 10 aggressiven Verhörmethoden (in der Sprache der beteiligten Akteure so genannter „Enhanced Interrogation Techniques“), darunter auch das *Waterboarding*, vom Justizministerium während der Präsidentschaft George W. Bushs im Geheimen autorisiert worden waren. Dazu zählten wie es in einem Memo hieß: „(1) attention grasp, (2) walling, (3) facial hold, (4) facial slap (insult slap), (5) cramped confinement, (6) wall standing, (7) stress positions, (8) sleep deprivation, (9) insects placed in a confinement box, and (10) the waterboard“.

Der Geheimdienstausschuss des Senats hatte im Dezember 2014 unter Leitung seiner damaligen Vorsitzenden Dianne Feinstein (D-California) einen detaillierten Untersuchungsbericht zum geheimen Verhörprogramm der Central Intelligence Agency von Terrorismusverdächtigen vorgelegt. Dieser bestätigt, dass 119 Terrorverdächtige in geheimen Einrichtungen in Ländern wie Thailand organisierter Folter unterzogen wurden (siehe dazu Congress Report, Jahrgang 29, 2014, Heft 11-12, S. 8 ff., einzusehen unter: [https://www.sowi.uni-kl.de/fileadmin/powi/pdfs/cr\\_2014/CR\\_11-12\\_2014.pdf](https://www.sowi.uni-kl.de/fileadmin/powi/pdfs/cr_2014/CR_11-12_2014.pdf)).

Die Verhörpraktiken der CIA, so der Untersuchungsbericht des *Senate Select Committee on Intelligence* damals, seien wesentlich brutaler gewesen als dies gegenüber den politisch verantwortlichen Entscheidungsträgern dargestellt worden sei. Zudem seien die Folterpraktiken kein effektives Mittel gewesen, um Gefangene („Detainees“) zur Kooperation zu bewegen oder nachrichtendienstlich relevante Informationen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu erhalten.

Die *American Psychological Association* (APA) war in einem Untersuchungsbericht in diesem Zusammenhang ferner zu dem Ergebnis gekommen, dass die Folterpraktiken der CIA zwischen 2001 und 2004 von einzelnen, früheren Mitgliedern der APA unterstützt worden waren (siehe Congress Report, Jahrgang 30, 2015, Heft 5-8, S. 16).

Zweifel an Trumps Nominierung von Gina Haspel zur neuen Chefin der CIA angesichts ihrer Rolle im „Rendition, Detention, and Interrogation Program“ des Geheimdienstes zwischen 2002 und 2005 hat zwischenzeitlich auch Senator Martin Heinrich (D-New Mexico), Mitglied des *Senate Select Committee on Intelligence*, geäußert. „President Trump’s nomination of Gina Haspel to lead the C.I.A. is deeply troubling“, so der Senator, der hinzufügte, „(h)er record makes her unsuitable for a leadership role at the agency, let alone to serve as the director. We should not be asked to confirm a nominee whose background cannot be publicly discussed and who cannot be held accountable for her actions. The American public deserves to know who our leaders are“.

Unterstützung kam hingegen vom Vorsitzenden des *Senate Select Committee on Intelligence*, Richard Burr (R-North Carolina), der erklärte, dass er die Nominierung Gina Haspels befürworte und dazu beitragen wolle, dass ihre Bestätigung durch den Senat ohne Verzögerung vorgenommen werde.

Dass Donald J. Trump Gina Haspel als Nachfolgerin Pompeos für das Amt der CIA-Chefin trotz ihrer Verwicklung in das RDI-Programm während der Präsidentschaft George W. Bushs nominiert hat, beinhaltet ein klares politisches Signal nach innen wie nach außen. Dazu passt es, dass Trump angedeutet hat, dass er Foltermethoden gegenüber Terrorismusverdächtigen durchaus als legitimes Mittel seiner Außen- und Sicherheitspolitik begreift.

Dazu passt auch, dass der 45. Präsident der USA am 30. Januar 2018 in einer *Executive Order* (EO) mit dem Titel: „On Protecting America Through Lawful Detention of



Terrorists“ die Aufrechterhaltung des umstrittenen Gefangenenlagers in der *U.S. Naval Station Guantanamo Bay* (GTMO) verfügt hat, das sein Amtsvorgänger Barack Obama eigentlich schließen wollte. „The detention operations at the U.S. Naval Station at Guantanamo Bay“, so Trump in seiner EO, „are legal, safe, humane, and conducted consistent with the United States and international law“.

Auch in GTMO kam es nach dem 11. September 2001 während der Präsidentschaft George W. Bushs zu schweren Verletzungen des Kriegsvölkerrechts, und Trumps Amtsvorgänger im Weißen Haus, Barack Obama, hatte nicht umsonst davon gesprochen, dass „GTMO has become a symbol around the world for an America that flouts the rule of law“.

Das griff am Tag von Trumps EO zu GTMO auch General a.D. Michael Lehnert auf, der 2001/2002 der kommandierende Offizier in GTMO war. „Guantanamo’s continued existence“ so der General a.D., „is a propaganda boon for our enemies and a major distraction for our allies. Far from serving our national interest, Guantanamo undermines it. There’s simply no need for an offshore detention facility that operates in legal grey zones. (...) To safeguard our security and bolster our global influence, Guantanamo should be closed as soon as possible“.

In GTMO sind derzeit noch 41 von ursprünglich 780 Terrorismusverdächtigen interniert. Sie befinden sich alle seit mehr als 10 Jahren dort und die Kosten ihrer Internierung belaufen sich auf etwa 445 Mio. USD jährlich, also mehr als 10 Mio. USD pro Gefangener. Der Kongress hatte seit 2009 wieder und wieder die Schließung GTMOs untersagt, das letzte Mal im Rahmen des *National Defense Authorization Act of Fiscal Year 2018* (vgl. Congress Report, Jahrgang 33, 2017, Heft 11-12, S. 6; einzusehen unter: [https://www.sowi.uni-kl.de/fileadmin/powi/pdfs/cr\\_2017/Congress\\_Report\\_11-12\\_2017\\_Endfassung.pdf](https://www.sowi.uni-kl.de/fileadmin/powi/pdfs/cr_2017/Congress_Report_11-12_2017_Endfassung.pdf)).

## **6. Demokratische Senatoren kritisieren Trumps *Nuclear Posture Review* 2018**

Im Senat haben 16 Senatoren der demokratischen Minderheitsfraktion unter Führung von Edward Markey (Massachusetts) und Dianne Feinstein (California) Ende Januar 2018 in einem Brief an Präsident Donald J. Trump den neuen *Nuclear Posture Review* 2018 (NPR) des amerikanischen Verteidigungsministeriums scharf kritisiert.

Unterzeichnet wurde das Schreiben an den Präsidenten außer von Markey und Feinstein auch von Jeffrey A. Merkley (Oregon), Bernhard „Bernie“ Sanders (I-Vermont), Tammy Baldwin (Wisconsin), Patty Murray (Washington), Elisabeth Warren (Massachusetts), Tina Smith (Minnesota), Sheldon Whitehouse (Rhode Island), Ron Wyden (Oregon), Richard J. „Dick“ Durbin (Illinois), Brian Schatz (Hawaii), Kamala Harris (California), Cary A. Booker (New Jersey), Kirsten Gillibrand (New York) und Maria Cantwell (Washington). Das Schreiben kann eingesehen werden unter:

[https://www.feinstein.senate.gov/public/\\_cache/files/3/a/3a536d8c-fb49-49dd-a65d-d99dd42fe5f9/644CF21D41B1B7A8E1B9A1D927DBF30B.letter-on-npr.pdf](https://www.feinstein.senate.gov/public/_cache/files/3/a/3a536d8c-fb49-49dd-a65d-d99dd42fe5f9/644CF21D41B1B7A8E1B9A1D927DBF30B.letter-on-npr.pdf).

### Die Senatorinnen und Senatoren

- zeigen sich alarmiert über den NPR 2018, der die Führung der USA in der nuklearen Abrüstungspolitik zu unterminieren drohe. „(T)he reported policies in your forthcoming Nuclear Posture Review“, heißt es in dem Schreiben, „are unnecessary to maintain deterrence and are destabilizing. (...) We strongly urge you to reconsider these policies and chart a sustainable path for our national defense. As the world’s greatest nuclear power and the only nation that has ever used nuclear weapons in combat, *we have a unique responsibility to continue to lead the international community towards eventual nuclear disarmament*“ (Hervorhebung durch die Redaktion).
- befürchten ein Anwachsen der amerikanischen Fähigkeit zur nuklearen Kriegsführung („America’s nuclear warfighting capacity“), die einen neuen nuklearen Rüstungswettlauf auslösen könnte. „Further“, formulieren die Mitglieder des Senats, „your reported decision to *expand the conditions under which the United States might use its nuclear weapons, including to respond to a broadened range of non-nuclear attacks, is equally disturbing*“ (Hervorhebung durch die Redaktion).

Tatsächlich enthält der NPR 2018 (einzusehen unter: <https://media.defense.gov/2018/Feb/02/2001872886/-1/-1/1/2018-NUCLEAR-POSTURE-REVIEW-FINAL-REPORT.PDFnuclearposturereview>), der von Präsident Trump am 27. Januar 2017 in Auftrag gegeben und am 2. Februar 2018 veröffentlicht wurde, einige bemerkenswerte Formulierungen.

So trage das amerikanische nukleare Waffenarsenal zur Abschreckung von „nuklearer und nicht-nuklearer Aggression“ bei. Die Rede ist hier von „*tailored deterrence strategies*“. In diesem Zusammenhang heißt es: „No country should doubt the strength of our extended deterrence commitments or the strength of U.S. and allied capabilities to deter, *and if necessary defeat*, any potential adversary’s nuclear or non-nuclear aggression“. (Hervorhebung durch die Redaktion).

Damit sei zwar keine Fähigkeit zum „nuclear war-fighting“ verbunden, wie es an anderer Stelle heißt, allerdings müssten die nuklearen Optionen der USA flexibilisiert werden und „low-yield options“ beinhalten.

Gemeint ist die Modifizierung einer „kleinen Zahl“ von seegestützten nuklearstrategischen Sprengköpfen mit dem Ziel eine Low-Yield Option bereitzustellen. Darunter versteht man nukleare Waffen mit einer „niedrigeren“ Sprengkraft von unter 20 Kilotonnen (also dem Zerstörungsäquivalent von 20.000 Tonnen konventionellen Sprengstoffs). Zudem sollen in diesem Zusammenhang längerfristig seegestützte nukleare Marschflugkörper (SLCMs, *Sea-launched Cruise Missiles*) zur Stationierung auf strategischen U-Booten der *Ohio*- und später der *Columbia*-Klasse entwickelt werden.



Auch zur Rolle von Nuklearwaffen im Zusammenhang mit der Bedrohung der USA durch den internationalen Terrorismus findet sich im NPR 2018 eine bemerkenswerte Formulierung: „Although the role of U.S. nuclear weapons in countering nuclear terrorism is limited, our adversaries must understand that a terrorist nuclear attack against the United States or its allies and partners *would qualify as an ,extreme circumstance‘ under which the United States could consider the ultimate form of retaliation*“ (Hervorhebungen durch die Redaktion).

Im Vergleich zur deklaratorischen nuklearen Abschreckungspolitik der USA während der Obama-Präsidentschaft wird deutlich, dass die Trump-Administration eine deutlich andere Richtung einschlägt. Dabei geht es weniger um die Reduzierung der Rolle von Nuklearwaffen, wie sie im NPR 2010 deklaratorisch auch im Zusammenhang mit dem von Obama 2009 in Prag verkündeten Ziel einer weltweiten nuklearen Abrüstung (*Global Zero*) bezeichnet worden war, sondern um die Flexibilisierung nuklearer Optionen und die umfängliche Modernisierung des Atomwaffen- und Trägerarsenals, die in den nächsten 30 Jahren bis zu 1,7 Billionen USD kosten könnten.

## **7. Repräsentantenhaus verabschiedet Gesetzesvorlage zu sexueller Belästigung**

Das Repräsentantenhaus hat am 6. Februar 2018 eine Reform der Regeln für den Umgang mit Fällen sexueller Belästigung in nicht-namentlicher Abstimmung mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Die Gesetzesvorlage reagiert auf die im Zuge der #MeToo-Bewegung bekannt gewordenen Fälle sexueller Belästigung im Kongress, die scharfe Kritik an den bisher gültigen Praktiken und den Umgang mit den Opfern auslösten (vgl. Congress Report, Jahrgang 32, 2017, Heft 11-12, S. 17 f.).

Eine überparteiliche Gruppe von Abgeordneten um Gregg Harper (R-Mississippi) und Robert Brady (D-Pennsylvania), die führenden Vertreter im *House Administration Committee*, sowie Bradley Byrne (R-Alabama) und Jackie Speier (D-California) hatten die Vorlage einvernehmlich ausgearbeitet und eingebracht.

Im Vordergrund der Kritik an den bisherigen Regeln stand zum einen der ebenso langwierige wie komplexe Prozess der Klärung von Vorwürfen sexueller Belästigung, der die Opfer ohne Unterstützung ließ und sie zudem einer umfassenden Schweigepflicht unterwarf. Zum anderen wurde bemängelt, dass Entschädigungszahlungen nicht von Abgeordneten selbst, sondern vom Kongress getragen wurden.

Die Gesetzesvorlage, der so genannte „Congressional Accountability Act of 1995 Reform Act“ (H.R. 4924), macht die Beratungs- und Vermittlungsgespräche für die Opfer von Übergriffen optional. Zudem wird Betroffenen ein Rechtsbeistand zur Seite gestellt. Hierfür soll ein „Office of Employee Advocacy“ neu eingerichtet werden.

Darüber hinaus wird die Zahlung von Entschädigungen durch den Kongress oder aus den Mitteln, die den einzelnen Kongressmitgliedern zur Verfügung stehen, untersagt. Außerdem muss das zuständige „Office of Compliance“ halbjährlich alle Fälle und Zahlungen offen legen. Das „Office of Compliance“ soll programmatisch in „Office of Congressional Workplace Rights“ umbenannt werden.

Vor allem Jackie Speier begrüßte die Neuregelung als Durchbruch, der eine klare Umverteilung der Rechte und Pflichten zugunsten der Betroffenen einleitet. Allerdings hat der Senat die Vorlage des Repräsentantenhauses bisher nicht zur Abstimmung gebracht.

Das Haupthindernis der Verabschiedung im Senat scheint die Verpflichtung der Kongressmitglieder zu sein, die Kosten der Entschädigungszahlungen selbst zu übernehmen.

22 republikanische und demokratische Senatorinnen haben sich in einem gemeinsamen Schreiben sowohl an Majority Leader Mitch McConnell (R-Kentucky) wie auch Minority Leader Chuck Schumer (D-New York) gewandt, um eine Debatte und Abstimmung über die Vorlage des Repräsentantenhauses herbeizuführen.

Die arkanen Gepflogenheiten und Regeln des Senats lassen es allerdings kaum zu, die für Verzögerungen oder eine Blockade der Gesetzesvorlage verantwortlichen Senatoren öffentlich zu einer Stellungnahme zu zwingen.

## **8. Parteipolitische Polarisierung im Kongress erreicht neue statistische Höchststände in Donald Trumps erstem Amtsjahr**

Im ersten Amtsjahr Donald Trumps 2017 hat die parteipolitische Polarisierung im Kongress, wo die Republikaner sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat die Mehrheit stellen, nach statistischen Berechnungen von Congressional Quarterly (CQ) neue Höchststände erreicht.

Im republikanisch kontrollierten Senat, wo die Republikaner nach dem überraschenden Nachwahlsieg des Demokraten Doug Jones in Alabama im Dezember 2017 (vgl. Congress Report, Jahrgang 32, 2017, Heft 11-12, S. 18 ff.) jetzt nur noch über einen Vorsprung von einem Sitz verfügen, lag der so genannte Average Party Unity Score (APUS) der GOP (Grand Old Party) in der ersten Sitzungsperiode des 115. Kongress nach Berechnungen von CQ bei der historischen Höchstmarke von 97 Prozent. Das bedeutet, dass die Republikaner unter Führung von *Senate Majority Leader* Mitch McConnell (R-Kentucky) im Durchschnitt in 97 Prozent der Abstimmungen mit ihrer Fraktion stimmten. Dieser statistische Wert liegt nach CQ noch drei Prozentpunkte höher als jener des Jahres 2003, als der APUS der Republikaner im Senat im dritten Präsidentschaftsjahr George W. Bushs bei 94 Prozent lag.

Die demokratische Minderheit im Senat stimmte in Donald Trumps erstem Amtsjahr unter Führung von *Senate Minority Leader* Charles E. Schumer (D-New York) im Durchschnitt in 92 Prozent der Abstimmungen entlang der Fraktionslinie. Unter den Demokraten im Senat, die statistisch weniger häufig mit ihrer Fraktion stimmten, waren insbesondere diejenigen, die in den *Midterm Elections* im November 2018 vor einer umkämpften Wiederwahl stehen, wie Joseph Anthony „Joe“ Manchin (D-West Virginia) mit 64 Prozent, Mary Kathrin „Heidi“ Heitkamp (D-North Dakota) mit 70 Prozent und Joseph Simon „Joe“ Donnelly (D-Indiana) mit 74 Prozent.

Im Repräsentantenhaus lag der APUS der republikanischen Mehrheitsfraktion unter Führung von *Speaker* Paul D. Ryan (R-Wisconsin) nach den Berechnungen von CQ in Trumps erstem Amtsjahr 2017 bei 92 Prozent. Umgekehrt stimmten die Demokraten unter Führung von *House Minority Leader* Nancy Pelosi (D-California) im statistischen Durchschnitt zu 93 Prozent mit ihrer Fraktion.

Im Senat brachte *Majority Whip* John Cornyn (R-Texas) den APUS von 97 Prozent im Jahr 2017 mit der großen parteipolitischen Geschlossenheit der demokratischen Minderheitsfraktion in Verbindung, die ihrerseits eine hohe Fraktionsdisziplin unter den Republikanern zur absoluten Notwendigkeit gemacht habe, um die eigenen politischen Positionen durchsetzen zu können. Cornyn sprach in diesem Zusammenhang von „monolithic resistance (of the Democrats, die Redaktion) to everything that this president has tried to do or has his name on it“. Das würde bedeuten, dass sich die parteipolitische Polarisierung auch in Trumps zweitem Amtsjahr 2018, in dem im November Zwischenwahlen im Kongress stattfinden, perspektivisch nicht abschwächen dürfte.

Vor dem Hintergrund der prononcierten parteipolitischen Polarisierung im Abstimmungsverhalten verwundert es nicht, dass Donald Trump sich unter den Bedingungen von *Unified Government* in seinem ersten Amtsjahr in 98,7 Prozent der Abstimmungen in Repräsentantenhaus und Senat durchsetzen konnte, zu denen er eine Position bezogen hatte. Damit liegt er statistisch betrachtet noch einmal 2 Prozentpunkte über der Durchsetzungsquote seines Amtsvorgängers Barack Obama, der sich in seinem ersten Amtsjahr 2009 ebenfalls unter den Bedingungen von „unified government“ mit dem Rekordwert von 96,7 Prozent gegenüber dem Kongress erfolgreich war.

Während Trumps *Average Presidential Support Score* (APSS) im Repräsentantenhaus bei den Republikanern bei 93 Prozent lag, erreichte der Wert im Senat sogar die 96 Prozent-Marke. Umgekehrt lag der APSS 2017 bei den Demokraten im Repräsentantenhaus nach CQ nur bei 16 und im Senat bei 37 Prozent. Der Analyse durch CQ lagen 709 Abstimmungen im Repräsentantenhaus und 325 im Senat zugrunde.

Historisch gesehen konnte Donald Trump die höchsten „Average Presidential Support Scores“ in beiden Kammern des Kongresses erreichen, die CQ in den vergangenen 63 Jahren jemals berechnet hat. Sie gehen einher mit einer politischen Rhetorik des 45. Präsidenten der USA, der nach wie vor einerseits die Rolle des „Washington Outsider“ und andererseits des „Washington Dealmaker“ bemüht.

Mit Blick auf die Aussagekraft des APSS darf aber nicht vergessen werden, dass Donald Trump sich in seinem ersten Amtsjahr bei den vorgesehenen großen Gesetzesvorhaben trotz *Unified Government* eigentlich nur mit seiner großen Steuerreform („Tax Cuts and Jobs Act“, *Public Law 115-97*) und der Bestätigung von Richter Neil Gorsuch für den Obersten Gerichtshof vollumfänglich gegenüber dem Kongress durchsetzen konnte (vgl. Congress Report, Jahrgang 32, 2017, Heft 11-12, S. 1 ff. und Heft 1-4, S. 4 ff.).

Gleichwohl hat Trump von jener parteipolitischen Polarisierung im amerikanischen Kongress profitiert, die schon seit den 1990er Jahren statistisch zu beobachten ist und ihren Ausgangspunkt darin hat, dass im amerikanischen Mehrheitswahlsystem mit dem daraus folgenden Zweiparteiensystem die republikanische und demokratische Partei in den vergangenen vierzig Jahren ideologisch zunehmend homogener geworden sind, eine Folge der zunehmenden ideologischen Polarisierung des amerikanischen Demos.

## **9. Empfindliche Niederlage für Republikaner in Nachwahlen in Pennsylvania**

Im 18. Kongressdistrikt von Pennsylvania hat der demokratische Kandidat, Conor Lamb, am 13. März 2018 überraschend die Nachwahl gegen seinen republikanischen Konkurrenten, Rick Saccone, mit knappem Vorsprung gewonnen.

Die Nachwahl wurde angesetzt, nachdem der amtierende republikanische Abgeordnete Tim Murphy Anfang Oktober 2017 seinen Rücktritt in Folge eines Sex-Skandals angekündigt hatte.

Donald Trump hatte den Kongresswahlkreis im November 2016 mit einem Vorsprung von nahezu 20 Prozent der Wählerstimmen gewonnen. Charles Cook, der bekannte konservative Wahlbeobachter, hatte den Distrikt mit einem Handicap von „R +11“ versehen. Das heißt ein republikanischer Kandidat genießt gegenüber einem demokratischen Gegner unter normalen Umständen einen Vorsprung von 11 Prozent der Wählerstimmen.

Rick Saccone, ein Mitglied des Abgeordnetenhauses der Legislative von Pennsylvania, war nach herkömmlichen Standards ein starker republikanischer Kandidat, der Präsident Trump vorbehaltlos unterstützte.

Conor Lamb, ein Irak-Veteran und früherer Staatsanwalt, ist dagegen ein zentristischer Demokrat, der vor allem in soziokulturellen Fragen wie dem Recht auf Waffenbesitz von der Programmatik der nationalen Partei abweicht. Bezeichnend war vor allem die Aussage Lambs, dass er im Fall eines Mehrheitswechsels im Repräsentantenhaus nicht die Wahl von *Minority Leader* Nancy Pelosi (D-California) zum *Speaker* unterstützen würde.

Die Republikanische Partei und die mit ihr verbündeten Interessengruppen befürchteten früh, dass Saccone als Kandidat verwundbar sein könnte und pumpten deswegen fast 11 Millionen USD in den Wahlkampf. Lamb konnte zwar mehr persönliche Spenden als Saccone einwerben, doch in der flankierenden Unterstützung durch die Demokratische Partei und nationale Gruppen fiel er weit zurück.

Ungeachtet des enormen finanziellen Einsatzes und von zwei Wahlkampfauftritten von Präsident Donald Trump in Pennsylvania unterlag Saccone seinem Herausforderer Lamb mit kaum 750 Stimmen, oder ca. 49,5 gegen 49,9 Prozent der Stimmen.

Die unerwartete Niederlage in einem vermeintlich sicheren republikanischen Wahlkreis war für Präsident Trump wie die Republikaner nach den Senatsnachwahlen in Alabama (vgl. Congress Report, Jahrgang 32, 2017, Heft 11-12, S. 18 f.) eine zweite herbe Niederlage im Vorfeld der Wahlen für den Kongress im November 2018.

Doch jenseits aller Fragen einer möglichen demokratischen Welle im November 2018 ist der kuriose Umstand, dass der Distrikt, den Conor Lamb den Republikanern mit großem Einsatz abgerungen hat, Ende des Jahres nicht mehr existieren wird.

Im Januar 2018 hat der Supreme Court von Pennsylvania entschieden, dass die Einteilung der Kongresswahlkreise des Einzelstaates gesetzeswidrig ist. Die nach dem Zensus von 2010 von den Republikaner durchgesetzte Aufteilung der Distrikte für die Wahlen zum Repräsentantenhaus sicherte ihrer Partei 13 der insgesamt 18 Wahlkreise, obwohl Demokraten insgesamt knapp über die Hälfte der Wählerstimmen in Pennsylvania erhielten.

Nachdem die republikanisch kontrollierte Legislative Pennsylvanias nicht der Auflage des Verfassungsgerichts nachkam, eine neue, faire Verteilung der Wahlkreise auszuarbeiten, legten die Richter einen eigenen Entwurf vor. Die Republikaner versuchten vergeblich die neue Wahlkreiseinteilung durch einen Einspruch vor dem *US Supreme Court* zu verhindern.

Die neue Verteilung der Kongressdistrikte räumt den Demokraten Chancen ein, bis zu vier zusätzliche Sitze in Pennsylvania zu gewinnen. Um eine Mehrheit im Repräsentantenhaus im November 2018 zu erringen, benötigen die Demokraten nicht mehr als 24 Sitze. Vor diesem Hintergrund und der in Zwischenwahlen in der ersten Amtsperiode eines neuen Präsidenten zu erwartenden Verluste der „Regierungspartei“ („in party“) ist auch eine kleine Zahl zusätzlicher Sitze in einem Einzelstaat von großer Hilfe. Obwohl die mehr als 6 Monate bis zu den anstehenden Kongresswahlen aus politischer Sicht als eine halbe Ewigkeit zählen mögen, verdichten sich mit dem Sieg Conor Lambs und der Wahlkreisneueinteilung in Pennsylvania die negativen Vorzeichen für die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus.

**Aktuelle Publikationen zur Außen- und Sicherheitspolitik der USA und zu den transatlantischen Beziehungen**

der Arbeitsgruppe Politikwissenschaft II der TU Kaiserslautern:

*Florian Böller/Steffen Hagemann/Anja Opitz und Jürgen Wilzewski (Hrsg.): Die Zukunft der transatlantischen Gemeinschaft. Externe und interne Herausforderungen, Baden-Baden: Nomos 2017*

(mit Beiträgen von Florian Böller, Tobias Bunde, Andreas Falke, Gerlinde Groitl, Steffen Hagemann, Lukas D. Herr, Sebastian Mayer, Marcus Müller, Christian Nünlist, Bernhard Stahl, Sonja Thielges, Welf Werner und Jürgen Wilzewski)

*Thomas Jäger/Heinz Gärtner und Jürgen Wilzewski (Hrsg.): Eine transformative Präsidentschaft. Die USA in der Ära Obama, Sonderheft 9 der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Wiesbaden: Springer VS 2017*

(mit Beiträgen von Hakan Akbulut, Manfred Berg, Florian Böller, Andreas Falke, Heinz Gärtner, Lukas D. Herr, Steffen Hagemann, Christian Lammert, Stephan Liedtke, Marcus Müller, Oliver Thränert, Reinhard Meier-Walser, Ronja Ritthaler-Andree, Söhnke Schreyer, Uwe Wenzel, Welf Werner und Jürgen Wilzewski)

---



**Congress Report, ISSN 0935-7246**

**Redaktion**

Dr. Söhnke Schreyer  
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

**Herausgeber**

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

**Politikwissenschaft II**

Technische Universität Kaiserslautern  
Postfach 3049  
67653 Kaiserslautern

[www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/  
publikation/congress-report](http://www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/publikation/congress-report)